



Niederschrift

16. Sitzung Hauptausschuss
9. Februar 2021, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 4 der Tagesordnung: Abschluss von Rahmenverträgen zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung

Vorlage: 2021/0033

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der Vergabe der Rahmenverträge zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz für den Zeitraum vom 1. April 2021 bis 31. März 2022 an die Firmen Studitemps GmbH (für Lose 1, 2, 3, 6), SYNERGIE Personal Deutschland GmbH (für alle Lose), Orizon GmbH (für Lose 2, 4, 5, 6, 7) und BPM Zeitarbeit GmbH & Co.KG (für Lose 1, 3, 4, 5, 7) zu.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Bietenden Rahmenverträge im Kaskadeverfahren mit einem kalkulatorischen Gesamtwert von 881.956,70 EURO inklusive Mehrwertsteuer abzuschließen. Die Abrechnung und somit der absolute Auftragswert beruht auf der Menge der tatsächlich abgerufenen Personalstunden in Abhängigkeit der zu kompensierenden Krankheitsausfälle des Stammpersonals.

2. Das Amt für Abfallwirtschaft verfolgt das Ziel, die tatsächlichen Ausgaben für Leiharbeit mit den ergriffenen Maßnahmen (Betriebliches Eingliederungsmanagement, Fehlzeiten- und Rückkehrgespräche, Gesundheitszirkel u.a.) unter Berücksichtigung des Equal Pays weiterhin zu senken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf.

Bürgermeisterin Lisbach fasst den Inhalt der Vorlage zusammen. Sie führt weiter aus, dass auf das Mittel der Leiharbeit nicht grundsätzlich verzichtet werden könne, da immer wieder unplanbare kurzfristige Ausfälle zu kompensieren seien. Sie bedankt sich herzlich beim Amt für Abfallwirtschaft für die geleistete Arbeit.

Stadtrat Honné (GRÜNE) lobt die Erfolge des Amtes für Abfallwirtschaft zur Verminderung der Leiharbeit und begrüßt die Einführung von Equal Pay und die vorgelegte Beschlussvorlage.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) weist darauf hin, dass das Instrument der Leiharbeit weiterhin notwendig sein werde auch wenn es durch die Entwicklung im Amt für Abfallwirtschaft erfreulicher Weise abgesenkt werden konnte.

Stadtrat Marvi (SPD) lobt ebenfalls die Absenkung der Leiharbeit und das Vorgehen in Bezug auf Equal Pay.

Stadtrat Hock (FDP) hebt ebenfalls die gute Entwicklung der Leiharbeitsquote hervor. Er sehe es jedoch auch kritisch, dass auf Leiharbeit grundsätzlich verzichtet werden könne.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) weist auf die schwierige Situation der Personen hin, die durch Werkverträge gebunden werden. Die Werkverträge sollten durch Verträge mit Arbeitnehmerüberlassung ersetzt werden. Er weist darauf hin, dass die Beschäftigten in Arbeitnehmerüberlassung durch den Betriebsrat vertreten werden könnten. Zudem biete sich bei der Arbeitnehmerüberlassung die Möglichkeit eine Festanstellung zu erhalten.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) teilt nicht die Auffassung, dass durch die Reduzierung der Leiharbeit Qualitätsprobleme entstehen würden. Es werde am Ziel festgehalten, dass die Stadt eine gute Arbeitgeberrolle einnehme.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) hebt hervor, dass die gute Ausgestaltung des Arbeitsklimas und der Gesundheitsprävention unmittelbare Wirkung auf die Leiharbeitsquote habe.

Der Vorsitzende lässt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, über die Vorlage abstimmen und stellt einstimmige Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-
17. Februar 2021